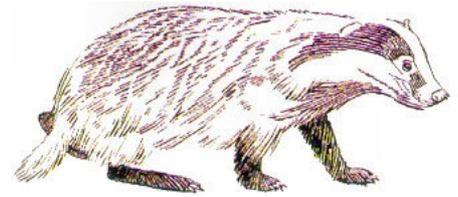


# Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft  
des Rauhen Hauses Hamburg



## Informationsblatt des Arbeitskreises (8. Jahrgang, Nr. 06, Juni 2014)

Es muss eine Stunde am Tag geben, wo der planende Mensch alle seine Pläne vergisst und handelt, als hätte er überhaupt keine.

*Thomas Merton*

bestätigt, aber eine bessere Einbindung der Gewerkschaften angemahnt.

aus: ver.di-publik 03/2014

### Kirche verlässt dritten Weg

#### Soziale Partnerschaft: Kirchen, Diakonie und Gewerkschaften vereinbaren neuen Weg

In Niedersachsen gehen Diakonie, ver.di, Marburger Bund und die Konföderation evangelischer Kirchen einen neuen Weg in Richtung Tarifvertrag. Die vier Partner unterzeichneten Mitte März in Hannover eine Vereinbarung, um das Arbeitsverhältnis von rund 30000 Beschäftigten in den evangelischen Krankenhäusern und Altenheimen auf eine neue Basis zu stellen. Ziel sei es, gerechte und angemessene Arbeitsbedingungen per Tarifvertrag zu sichern.

Die künftigen Tarifpartner - der Diakonische Dienstgeberverband Niedersachsen (DDN) und die Gewerkschaften - sehen sich "in einer gesellschaftlichen Verantwortung", heißt es. Die Tarifverhandlungen sollen "von beidseitiger pragmatischer Interessenvertretung und Transparenz geprägt" sein, Streitigkeiten in einem Schlichtungsverfahren gelöst werden. Kurzfristig sollen die Arbeitsvertragsrichtlinien der Kirchen in einen "Tarifvertrag Diakonie" übergehen. In der Folge wird ein landesweiter allgemeinverbindlicher Flächentarifvertrag "Soziales" für alle Beschäftigten in der Sozialbranche angestrebt. Durch den Tarifvertrag soll der ruinöse und sozialschädliche Wettbewerb ein Ende finden, erklärten die Tarifparteien '.

#### FLÄCHENTARIF GEGEN DUMPING

„Mit unserer Vereinbarung stoßen wir dafür eine Tür auf“, sagte ver.di-Landesbezirksleiter Detlef Ahting. Auch die Landesregierung signalisierte Unterstützung. „Besonders im Bereich der Pflege brauchen wir einen vernünftigen Tariflohn“, erklärte Sozialministerin Cornelia Rundt, SPD. „Ohne gerechte Bezahlung werden wir bei stetig steigendem Bedarf auf Dauer keine Fachkräfte gewinnen.“ Ein Flächentarifvertrag sei ein wichtiger Schritt, um Lohndumping zu vermeiden.

Lange Zeit wollte sich die Kirche nicht von ihrem "dritten Weg" abbringen lassen. Statt Tarifverhandlungen zu führen, legten Arbeitgeber und Beschäftigte in paritätisch besetzten Kommissionen die Bezahlung und andere Regelungen fest - unter Ausschluss des Streikrechts. Das Bundesarbeitsgericht hatte Ende 2012 diesen Sonderweg der Kirchen zwar im Grundsatz

### Es geht um mehr als um das Geld

#### Krankenkassen: Das solidarische Finanzierungssystem wird weiter demontiert

So haben sich die Versichertenvertreter/innen bei den Krankenkassen mehr Beitragsautonomie nicht vorgestellt. In Zukunft sollen sie wieder über die Beitragshöhe ihrer Kasse entscheiden. Doch Erhöhungen zahlen werden nur noch die Arbeitnehmer/innen und die Rentnerinnen und Rentner, der Arbeitgeberbeitrag bleibt eingefroren. Sicher, die Kopfpauschale in Euro und Cent ist endgültig vom Tisch. Der Zusatzbeitrag dank Schwarz-Gelb, bei dem die Verkäuferin den gleichen Beitrag zu zahlen hatte wie der Ingenieur, wurde politisch abgeräumt. Doch zu welchem Preis?

Geopfert wurde die Parität, die gleiche Belastung von Arbeitgebern und Versicherten. Und dabei geht es um mehr als um Geld. Die Parität hat Arbeitgeber und Versicherte zu Sozialpartnern in der Krankenversicherung gemacht, zu Sozialpartnern, die beide ein Interesse haben, Gesundheit zu fördern und Krankheitskosten zu vermeiden. Mit dem Ende der Parität endet auch dieses gemeinsame Interesse. Insofern wird das geplante Gesetz zur Krankenkassen-Finanzierung einen weiteren Keil in unser solidarisches Krankenversicherungssystem treiben.

Aber es gibt auch Gewinner. Der Finanzminister entledigt sich mit diesem Gesetz jeglicher Verpflichtung, mit Steuergeldern jenen unter die Arme zu greifen, die mit dem Zusatzbeitrag überfordert wären. Er hat zudem die Gunst der Stunde genutzt: Während die Medien milliarden schwere Überschüsse bei den Krankenkassen anprangern, kürzt er im Haushalt den Bundeszuschuss für den Gesundheitsfonds der Krankenkassen um rund 3,5 Milliarden Euro. Dieses fehlende Geld wird schneller als erwartet bei einer Vielzahl von Kassen zu Zusatzbeiträgen führen. Aber die zahlen dann ja nur die Versicherten, wenn auch künftig abhängig von der Höhe ihres Einkommens. Doch noch ist das Gesetz nicht in trockenen Tüchern. Noch müssen Bundestag und Bundesrat dem Gesetzentwurf zustimmen. Und noch können Gewerkschaften dagegen ihre Stimme erheben. Auf dem Spiel steht das solidarische System.

aus: ver.di-publik 03/2014

## Zukunft der ambulanten Hilfen

**Mitte März fand im Rauhen Haus eine viel beachtete Fachtagung zur Zukunft der ambulanten psychiatrischen Hilfen in Hamburg statt, die bundesweit Modellcharakter haben könnte. Thematischer Mittelpunkt war ein Rahmenkonzept der Behörde, mit dem sie auf rasante Kostensteigerungen reagiert.**

In Hamburg erhalten mehr als 9.000 Menschen mit einer chronischen psychiatrischen Erkrankung Hilfe zur Eingliederung durch "Psychosoziale Kontaktstellen - PSK", "Betreutes Wohnen - BeWo" und "Personenbezogene Hilfen für psychisch kranke Menschen - PPM". Im Jahr 2012 betrug der finanzielle Aufwand für die Behörde rund 63,6 Mio Euro. Im Vergleich: 2008 waren es noch 47,6 Mio. Um den Mehrkosten entgegenzuwirken, sieht das Rahmenkonzept der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) folgende Eckpunkte vor:

Zusammenfassung der bisherigen Hilfen zu einem ambulanten sozialpsychiatrischen Angebot ("ASP"), dessen sozialräumliche Einbindung und ein trägerbezogenes Budget, das eine Leistungssteigerung von 7 Prozent einschließt.

Staatsrat Jan Pörksen und Axel Georg-Wiese von der BASFI betonten, es gehe ihnen um die Finanzierbarkeit der Hilfen, deshalb handle es sich nicht um eine Kürzung, sondern um eine Deckelung. Zudem hätten die Träger mit ihrem Budget eine bessere Planungssicherheit. Dem stimmte RH-Stiftungsbereichsleiter Wolfgang Bayer zu, wies allerdings darauf hin, dass sich Schwachstellen des neuen Systems erst noch zeigen müssen. Hier nannte er insbesondere die gemeinsame Verantwortung der Stadt und der Träger für die Eingliederungshilfe und den Grundsatz der personenzentrierten Hilfen. Bayer: "Wir werden nicht zulassen, dass Menschen mit besonders großen Schwierigkeiten aus den Hilfen herausgedrängt werden."

Großen Raum nahm die Debatte um die sozialräumliche Einbindung der Hilfen ein. "Mit einer Dezentralisierung sind die Ressourcen des Sozialraumes noch nicht erschlossen", so ein Teilnehmer, die soziale Integration und Teilhabe der Betroffenen am gesellschaftlichen Leben brauche kommunalpolitisches Engagement und könne nicht allein den Trägern aufgebürdet werden.

Bemängelt wurde, dass sich das Konzept auf den ambulanten Bereich beschränkt. Der für die Sozialpsychiatrie nie unerhebliche stationäre Teil wird nach Wie vor nicht einbezogen.

Die Tagungsteilnehmer appellierten auch an die BASFI, das geplante Begleitmanagement zur Einführung des neuen Systems um eine Ombudsstelle zu ergänzen, die Betroffenen Einspruchsmöglichkeiten bietet.

aus: RH-intern Nr. 2 / April 2014

## Armut gefährdet die soziale Stabilität

Unter dem Thema „Wirtschaftliche Entwicklung, Ungleichheit und soziale Stabilität“ stand die diesjährige Konsultation, zu der die Evangelische Akademie Tutzing gemeinsam mit dem Institute for Theological & Interdisciplinary Research der Ecumenical Foundation of Southern Africa (EFSA) in Stellenbosch bei Kapstadt eingeladen hatte. Sie brachte zahlreiche Multiplikatoren und Führungskräfte aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Medien und Kirche aus Deutschland und Südafrika zusammen. Die Konsultation thematisierte auch die Rolle von Unternehmen und der Wirtschaft insgesamt. Neben den Menschen, technisch gesprochen „human capital“, und dem Finanzkapital spielt auch das „Sozialkapital“ eine große Rolle. Sozialkapital hält die Gesellschaft zusammen und entfaltet nach innen Bindungskräfte, die soziale Stabilität unterstützen. Nach außen entfaltet es eine „Brückenwirkung, um Menschen unterschiedlicher Herkunft und Bildung gesellschaftlich zu integrieren“, so der Wirtschaftsjournalist JP Landman aus Johannesburg in seinem Eröffnungsvortrag bei der Konsultation. „Bindungskräfte und Brückenwirkung sind gleichermaßen erforderlich und müssen ausbalanciert werden. Ungleichheit behindert die soziale Stabilität.“

Zu große Ungleichheit, wie zum Beispiel extreme Armut, gefährden nicht nur die soziale Stabilität, sondern auch Wachstum und Erfolg der Wirtschaft. Armut und Ungleichheit fordern darum Kirchen und Diakonie theologisch und ethisch heraus, führten Jerry Pillay, Präsident der Weltgemeinschaft reformierter Kirchen, mit Fokus auf Südafrika und Günther Bauer, Vorstand der Inneren Mission München, in ihren Beiträgen aus.

Deutlich wurde bei der Konsultation, dass zwar der jeweilige Kontext für Armut differiert, die biblische Orientierung (zum Beispiel am Gleichnis vom großen Weltgericht in Matthäus 25), jedoch die gemeinsame Grundlage der Kirchen zur Armutsbekämpfung darstellt.

aus: diakonie-report München, April 2014

**Für Eure/Ihre schriftliche und verbale Unterstützung unserer Arbeit und unserer Themen danken wir sehr. Es ist wünschenswert, dass Themen und Diskussionsbeiträge von unseren Leserinnen und Lesern eingebracht und wenn uns Beiträge zugesandt werden, die wir veröffentlichen können. Über Anregungen und Kritik freuen wir uns.**

**Beiträge und Anregungen bitte an  
mathias.mees@web.de**

**Unser nächstes Treffen findet statt am 30. Juni 2014 von 18.00 bis 20.30 Uhr im Rauhen Haus (Altenheim-Haus Weinberg)**

**Die Frucht des Geistes aber ist Liebe, Freude, Friede, Langmut, Freundlichkeit, Güte, Treue, Sanftmut und Selbstbeherrschung.**

*(Monatsspruch Juni 2014 aus Galater 5,22-23)*

Herausgeber: DAGS  
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:  
Siegfried Heidler, Hamburg  
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg